A1

Antrag

Initiator*innen: Vorstand GJ Düsseldorf (dort beschlossen am: 26.01.2026)

Titel: **Für die Einhaltung von Menschenrechten: Internationalistische und unteilbare Solidarität**

Antragstext

Als GRÜNE JUGEND stehen wir für eine internationale, queerfeministische und materialistische Politik, die Unterdrückung in all ihren Formen bekämpft. Unser Verständnis von Solidarität ist intersektional: Patriarchat, Kapitalismus, Kolonialismus und Rassismus stützen und verstärken sich gegenseitig. Als GRÜNE JUGEND ist unsere Solidarität niemals selektiv, sondern unteilbar auf der Seite der Leidtragenden.

Der Konflikt zwischen Palästina und Israel ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen, traumatischen Geschichte, die muslimische, christliche, jüdische, palästinensische und israelische Menschen durch Gewalt, Vertreibung und tiefgreifendes Leid geprägt hat. Vielen Menschen in Deutschland erscheint der Konflikt erst seit dem 7. Oktober 2023 greifbar, was die Realität und Komplexität dieser Auseinandersetzung ausblendet und das vielschichtige Leid auf allen Seiten nicht angemessen erfasst.

Der Terroranschlag der radikal-islamistischen Hamas am 7. Oktober war ein abscheuliches Verbrechen, das von der GRÜNEN JUGEND Düsseldorf aufs Schärfste verurteilt wird und eine historische Zäsur markiert. Es ist der Tag, an dem die meisten jüdischen Menschen seit der Shoah den Tod gefunden haben. Die Hamas ist eine Terrororganisation, deren Gewalt und Brutalität jeglichen Grundsätzen von Menschlichkeit und Völkerrecht widersprechen. Derartige Angriffe auf Zivilist*innen sind durch nichts zu rechtfertigen und stehen in klarem Gegensatz zu den universellen Menschenrechten und damit zu den Grundsätzen der GRÜNEN JUGEND. Der Terroranschlag am 7. Oktober 2023 markierte einen traurigen Höhepunkt des fortwährenden Terrors der Hamas. Der sogenannte „Kampf“ der Hamas

ist kein Kampf um Befreiung, sondern ein anhaltender Akt des Terrors und der massiven Menschenrechtsverletzung. Er verdient keinerlei Legitimation als „Befreiungskampf“ und muss als das benannt werden, was er ist: systematische Gewalt und Terror gegen unschuldige Menschen.

Jüdinnen* Juden wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt, von Pogromen bis zur Shoah. Die Shoah, der industriell organisierte Genozid an sechs Millionen europäischen Jüd*innen prägt bis heute das kollektive Gedächtnis in Deutschland und weltweit.

Das Vermächtnis Deutschlands als Täternation verpflichtet uns zur Wahrung der universellen Menschenrechte, die als Lektion aus dem Nationalsozialismus in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergeschrieben wurden und durch das Völkerrecht gewahrt werden sollen im Besonderen

Der israelische Staat, der seit 1948 existiert, hat ein Selbstverteidigungs-und Existenzrecht wie jeder andere Staat, das immer unter Wahrung des Völkerrechts ausgeübt werden muss.

Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass die Gründung des Staates Israel 1948 auch mit der Nakba einherging, der gewaltsamen Vertreibung und Entrechtung von über 700.000 Palästinenser*innen. Das Leid dieser Menschen und die historische wie aktuelle Kontinuität von Gewalt und Diskriminierung sind ebenfalls Teil der Geschichte, die nicht gegeneinander aufgerechnet oder relativiert werden dürfen. Eine gerechte und friedliche Lösung erfordert die Anerkennung der Leiden beider Seiten, ohne den Zivilisationsbruch der Shoah und das historische Trauma der Juden* und Jüdinnen zu relativieren.

Das anhaltende militärische Vorgehen im besetzten Gazastreifen, die Vertreibung im Westjordanland und die militärische Gewalt gegen Zivilist*innen durch rechtsextremistische Siedler*innen sind schwere Verstöße gegen das Völkerrecht. Internationale Organisationen stufen die systematische Ungleichbehandlung der Palästinenser*innen im besetzten Westjordanland und Ostjerusalem als Apartheid ein. Berichte von UN-Gremien, Amnesty International, Human Rights Watch und B’Tselem weisen auf genozidale Merkmale in Gaza und systematische Kriegsverbrechen hin.

B'Tselem, die größte Menschenrechtsorganisation in Israel, spricht in einem Report, der im Juli veröffentlicht worden ist, von „Our Genocide“. In dem Report heißt es, dass sich die Haltung der israelischen Regierung seit dem 07. Oktober gegenüber den Palästinenser*innen fundamental geändert hat und dass der Genozid im Kontext eines über 75 jahrelangen Besatzungs- und Apartheidsregime betrachtet

werden muss. Ebenso darf die seit Jahren eskalierende Gewalt gegenüber den Palästinenser*innen im besetzten Westjordanland und Ostjerusalem nicht negiert werden.

Nach UN-Schätzungen wurden seit Oktober 2023 zehntausende Menschen getötet und Hunderttausende verletzt. In Gaza herrscht eine akute Hungersnot und das Gesundheitssystem ist kollabiert. Die Blockade humanitärer Hilfe und das fortgesetzte Bombardement verletzen elementare Prinzipien des humanitären Völkerrechts.

Das Massaker der Hamas bleibt verabscheuungswürdig und unentschuldbar. Das völkerrechtlich legitimierte Selbstverteidigungsrecht darf nicht als Vorwand dienen, um kollektive Bestrafung, ethnische Vertreibung und systematische Vernichtung zu legitimieren.

Das Vorgehen der israelischen Armee, auf Geheiß der rechtsextremen Regierung Israels, im Gazastreifen erfüllt nach Einschätzung des IGH, führender Genozidforschender und der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese zentrale Kriterien des Völkermords gemäß der UN-Konvention: systematische Tötung, massive Vertreibungen, gezielte Vernichtung der zivilen Infrastruktur, bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die Verhinderung humanitärer Hilfe. Eine Kommission der UN bestätigt das.

Der Internationale Gerichtshof IGH hat wiederholt festgestellt, dass reale und unmittelbare Gefahr für die Existenz der palästinensischen Bevölkerung in Gaza besteht sowie „katastrophale“ Lebensbedingungen herrschen, die durch israelische Handlungen wie kollektive Bestrafung, Vertreibung und gezielte Angriffe auf Zivilist*innen fortlaufend verschlimmert wurden.

Die Berichte von der UN-Sonderberichterstatterin Albanese zeigen, dass diese Gräueltaten Teil jahrzehntelanger politischer Vertreibung sind, die sich zu gezielter Eliminierung und existenzieller Vernichtung ausgeweitet haben, unterstützt durch gezielte Zerstörung, wirtschaftliche Blockade und systematisches Aushungern.

Untersuchungen von Genozidforscher*innen belegen, dass sowohl Mittel (Waffengewalt, Infrastruktur Zerstörung, Aussetzung medizinischer und humanitärer Versorgung) als auch erklärter Vorsatz (zahlreiche öffentliche Stellungnahmen, gezielte Vertreibungspolitik) klar auf das Ziel abzielen, die palästinensische Bevölkerung als Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten.

Expertengremien (u.a. IAGS) und internationale Ermittlungen gelangen zu dem

Ergebnis, dass der Völkermordtatbestand in Gaza erfüllt ist und die internationale Gemeinschaft ihrer Pflicht zum Schutz der bedrohten Bevölkerung nachkommen muss

Als GRÜNE JUGEND Düsseldorf schließen wir uns den Expertengremien an und erkennen den Genozid an den Palästinenser*innen als solchen an.

Ablehnung einer Fremdherrschaft über Gaza

Nur Palästinenser*innen, sollten über die Zukunft Gazas entscheiden. Als GRÜNE JUGEND Düsseldorf stehen wir für ein Selbstbestimmunsrecht der Palästinenser*innen ein. Den sogenannte „Trump-Plan“, der als „Friedensplan“ für Westasien präsentiert wurde, lehnen wir entschieden ab. In seinem Kern ist der Trump-Plan kein Plan für Frieden, sondern ein Versuch, die Realität der Besatzung und des Kolonialismus zu festigen und international salonfähig zu machen. Die verabschiedete UN-Resolution 2803 des Security Council von November 2025, stellt keine Legitimation dar, sondern die Internationalisierung und Institutionalisierung kolonialer und repressiver Politik, die den Prinzipien von Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Menschenrechten widerspricht.

Wir betonen, dass nur Palästinenser*innen über die Zukunft Palästinas entscheiden. Solange das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes nicht gewährleistet wird, kann es keinen gerechten Frieden in Westasien geben.

Situation in der Westbank

Die eskalierende Siedler*innengewalt im besetzten Westjordanland und in Ostjerusalem ist Ausdruck staatlich organisierter Herrschafts- und Vertreibungspolitik, da bewaffnete Siedler*innen systematisch von Armee und Polizei geschützt, begleitet und unterstützt werden, und für ihre Angriffe Straffreiheit genießen.

Human Rights Watch beurteilt dieses Vorgehen als gezielte, systematische Vertreibung und sieht deutliche Hinweise auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Diese Gewalt dient nach Einschätzung der UN explizit der Durchsetzung von Landnahme. der Vertreibung palästinensischer Gemeinden und der Ausweitung illegaler Außenposten und Siedlungen, was zu tausendfacher Zerstörung von Häusern, brennenden Dörfern und massiver Entrechtung führt. Die internationale Gemeinschaft, darunter der Internationale Gerichtshof und die UN-Generalversammlung, hat wiederholt klargestellt, dass alle israelischen Siedlungen im besetzten Gebiet – ausdrücklich einschließlich Ostjerusalems – völkerrechtswidrig sind, gegen die Vierte Genfer Konvention verstoßen und als

Teil einer rechtswidrigen Besatzung und Annexion beendet sowie vollständig geräumt werden müssen.

Für die Gerechtigkeit palästinensischer Gefangener

Berichte über die Haftbedingungen palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen sind erschütternd und werfen schwerwiegende menschenrechtliche Fragen auf. Internationale Organisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch und Medico International dokumentieren überzeugend, dass palästinensische Häftlinge systematischer Misshandlung, Folter und willkürlicher Inhaftierung ausgesetzt sind. Seit Oktober 2023 sollen nach Schätzungen von Menschenrechtsgruppen über 70 Gefangene in israelischem Gewahrsam ums Leben gekommen sein. Diese systematischen Menschenrechtsverletzungen widersprechen grundlegenden Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit, Würde und humanitärem Völkerrecht und müssen von der internationalen Gemeinschaft klar benannt und geächtet und beendet werden.

Gegen die Kriminalisierung der Palästina-Solidarischen Bewegung

Als GRÜNE JUGEND Düsseldorf verurteilen wir Versammlungen, Aussagen und Texte, die radikal fundamentalistischen Islamismus verherrlichen, zu Gewalt aufrufen und antisemitische Vorurteile bedienen.

In Deutschland sehen wir gleichzeitig eine alarmierende Kriminalisierung palästinasolidarischer Bewegungen. Demonstrationen werden verboten, Menschen aus migrantischen und muslimischen Communities werden unverhältnismäßig kontrolliert, mit Polizei- und Gewaltmaßnahmen konfrontiert oder zum Teil sogar abgeschoben, nur weil sie ihre Stimme gegen Krieg und Kolonialismus erheben. Diese Repression trifft häufig diejenigen, die ohnehin gesellschaftlich marginalisiert sind. Der Einsatz von Polizeigewalt, das politische Schweigen und die pauschale Verunglimpfung solidarischer Stimmen verschärfen bestehende Machtasymmetrien. Die steigende Repression zeigt sich auch in dem CIVICUS-Bericht 2025, der die zivilgesellschaftlichen Handlungsräume als „beschränkt" und damit auf der 3. von 5 Stufen, eingestuft hat. Diese Einschätzung markiert einen starken Rückschritt, noch 2017 wurde der Zustand der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in Deutschland als „offen“ (Stufe 1) beschrieben.

Entschieden gegen Antisemitismus

Als GRÜNE JUGEND treten wir entschieden gegen Antisemitismus in jeder Form ein. Antisemitismus ist und bleibt ein tödliches, historisch gewachsenes

Unterdrückungssystem, das niemals relativiert werden darf. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass Kritik am Zionismus, der Staatsideologie des israelischen Staates, nicht automatisch antisemitisch ist. Zionismuskritik analysiert koloniale Machtverhältnisse, Besatzungspolitik und Unterdrückung, während Antisemitismus sich gegen Jüdinnen*Juden als Menschen, Religion oder Kultur richtet. Diese Unterscheidung ist politisch essentiell, um Unterdrückung konsequent zu bekämpfen und gleichzeitig das jüdische Leben solidarisch zu schützen. Dem legen wir die Antisemitismusdefinition der Jerusalem Convention zugrunde.

Als GRÜNE JUGEND stehen wir auf der Seite der Leidtragenden in Westasien.

Solidarität darf niemals Ausdruck oder Deckmantel für Hass, Gewalt oder Antisemitismus oder Rassismus sein. Wir stehen für eine Politik, die marginalisierte Stimmen stärkt und globale Gerechtigkeit sucht, ohne Hierarchien des Leids.

Dieser Beschluss soll am Anfang eines Aufarbeitungsprozess innerhalb des Verbandes und in die Partei hinein stehen.

Begründung

Diese Quellen stützen den Antrag inhaltlich:

- https://www.un.org/unispal/document/a-hrc-59-23-from-economy-of-occupation-to-economy-of-genocide-report-special-rapporteur-francesca-albanese-palestine-2025/
- https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/09/israel-has-committed-genocide-gaza-strip-un-commission-finds
- https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-10-2025-0373_DE.pdf
- https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/07/forever-occupation-genocide-and-profit-special-rapporteurs-report-exposes
- https://www.spiegel.de/ausland/israel-und-der-gaza-krieg-wer-ist-uno-sonderberichterstatterin-

francesca-albanese-a-2bc08490-1c43-4ace-b818-a076df52862a

- https://www.zeit.de/news/2025-02/19/umstrittene-un-berichterstatterin-kritisiert-einschraenkungen
- https://jacobin.de/artikel/gaza-israel-bogota-voelkermord-voelkerrecht-uno-palaestina-vereinte-nationen-genozid-haager-gruppe
- https://www.ecchr.eu/fileadmin/Q_As/ECCHR_Q_A_Genozid_in_Gaza_20241210.pdf
- https://www.business-humanrights.org/de/neuste-meldungen/un-experts-condemn-us-sanctions-on-special-rapporteur-francesca-albanese-amid-report-on-corporate-complicity-in-israels-occupation-genocide-2/
- https://www.un.org/unispal/document/ohchr-press-release-27oct25/
- genocidescholars+3
- https://docs.un.org/en/s/res/2803 (2025)
- https://www.hrw.org/report/2025/11/20/all-my-dreams-have-been-erased/israels-forced-displacement-of-palestinians-in-the
- https://www.hrw.org/news/2025/11/20/west-bank-israel-emptying-refugee-camps-a-crime-against-humanityhttps://www.ochaopt.org/content/northern-west-bank-humanitarian-response-update-21-january-30-april-2025
- https://britainpalestineproject.org/iron-wall-how-israel-is-demographically-re-engineering-the-west-bank/
- https://news.un.org/en/story/2025/02/1159971

- https://www.auswaertiges-amt.de/en/newsroom/news/2702614-2702614
- https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/iron-wall-or-iron-fist-palestinian-militancy-and-israels-campaign-reshape-northern-west-bank
- https://www.ohchr.org/en/press-briefing-notes/2025/07/israel-must-stop-killings-and-home-demolitions-occupied-west-bank
- https://www.cnn.com/2025/11/20/middleeast/israel-west-bank-war-crimes-intl
- un+10
- https://www.btselem.org/publications/202408_welcome_to_hell
- https://venro.org/ueber-venro/aktuelles/detail/civicus-bericht-deutschlands-zivilgesellschaft-kann-nicht-mehr-frei-arbeiten
- https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-update-337-west-bank
- https://www.nrc.no/news/2025/october/west-bank-impunity-deepens-the-occupation-amid-increasing-restrictions-on-aid
- https://www.instagram.com/p/DRSHHq-DIV7/
- https://news.un.org/en/story/2024/09/1154496
- https://www.bbc.com/news/articles/cjerjzxlpvdo

- https://www.hrw.org/report/2025/11/20/all-my-dreams-have-been-erased/israels-forced-displacement-of-palestinians-in-the
- https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2019/01/chapter-3-israeli-settlements-and-international-law/
- https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/02/un-experts-say-israel-should-be-held-accountable-acts-domicide
- https://www.un.org/unispal/document/human-rights-council-adopted-resolution-israeli-settlements-in-the-occupied-palestinian-territory-including-east-jerusalem-and-in-the-occupied-syrian-golan-a-hrc-res-58-28/
- https://imeu.org/resources/key-issues/fact-sheet-israeli-settlements-international-law/215
- https://www.bbc.com/news/articles/cwykze63r2xo
- https://www.aljazeera.com/news/2025/11/17/israeli-settlers-torch-homes-and-vehicles-in-west-bank-villages
- https://www.hrw.org/news/2025/11/20/west-bank-israel-emptying-refugee-camps-a-crime-against-humanity
- https://edition.cnn.com/2025/11/17/world/israeli-settlers-attack-palestinian-west-bank-village-intl-latam
- https://www.rosalux.de/en/news/id/53766/ongoing-annexation-life-in-the-west-bank
- https://www.aa.com.tr/en/europe/un-special-rapporteur-accuses-eu-member-states-of-aiding-destruction-of-palestine/3747510

- https://www.washingtonpost.com/world/2025/11/19/west-bank-settler-violence-palestinians/

- https://www.middleeastmonitor.com/20251119-un-special-rapporteur-accuses-eu-member-states-of-aiding-destruction-of-palestine/

- https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/07/experts-hail-icj-declaration-illegality-israels-presence-occupied